№ 39
A 17
Morgen-Ausgabe
Berlin
Mittwoch, 24 Januar 1923

Vossische Zeitung

50 Mark
Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder" Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Bezugspreis für Januar 1500 Mark. Zustellung durch eigene Boten und durch die Post Unter Streikband 3500 Mark im Inland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 140 Mark die mm-Zeile, Familienanzeigen 55 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsl.): Jul. Elbau. Berlin Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 – 3653. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3636 – 3655 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 659

Internationale Vermittlungsbemühungen.

Erklärung der Reichsregierung.

Zu den Meldungen über Vermittlungsversuche in der Frage der Ruhrbesetzung und der Reparationen wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt:

Der deutschen Regierung ist bekannt, daß man an den verschiedensten Stellen der Welt bemüht ist, dem durch den französisch-belgischen Einmarsch ins Ruhrgebiet geschaffenen und sich täglich verschärfenden Zustande des Unrechts und der Gewalt ein Ende zu bereiten. Die deutsche Regierung verfolgt mit Aufmerksamkeit diese Bemühungen und ist bereit, alles, was an ihr liegt, zu tun, um ihnen zum Erfolge zu verhelfen.

Alle die Stellen, die sich mit dem das Schicksal Europas einschließenden Problem beschäftigen, sind von der Auffassung der deutschen Regierung unterrichtet. Wie wiederholt erklärt, war und ist Deutschland jederzeit zu Verhandlungen über eine vernünftige Vereinigung der Reparationsfrage bereit.

Zu dem Augenblick aber, wo französisch-belgische Truppen mitten im wirtschaftlichen Lebenszentrum Deutschlands stehen und die im Ruhrgebiet getroffenen vertragswidrigen Maßnahmen, wiederum im Widerspruch zu den Verträgen, auf das Rheinland ausgedehnt werden, erscheint ein Verhandeln über Lösungen Reparationsleistungen schon aus technischen Gründen unmöglich. Niemand weiß, welches Trümmerfeld Deutschland am Ende der französischen Unternehmung darstellen wird. Deshalb ist heute jede Möglichkeit einer Abschätzung der uns dann noch verbleibenden Reste unserer geschwächten Leistungsfähigkeit ausgeschaltet. Auch können nach Ansicht der deutschen Regierung Verhandlungen unter militärischem Druck niemals zu Ergebnissen führen, die wirtschaftlich gesund, für das deutsche Volk annehmbar und zur wirklichen Befriedung Europas geeignet sind. Reparationsverhandlungen versprechen nach der Ueberzeugung der deutschen Regierung nur dann Erfolg, wenn auf jede Sanktionen- und Pfänderpolitik endgültig verzichtet und Deutschland Gelegenheit gegeben wird, seine Pläne für die Lösung des Problems frei zu entwickeln und mit der Gegenseite gleichberechtigt und unbehindert zu diskutieren.

Diesen Grundsätzen gemäß begegnet die deutsche Regierung allen Versuchen, die aus der Erkenntnis der ernsten Lage auf Abhilfe gerichtet sind, mit dem wärmsten Interesse. Wir können nur wünschen, daß es gelingen möge, Frankreich und Belgien rechtzeitig zur Aufgabe von Unternehmungen zu bewegen, die diesen Ländern niemals Sicherheiten oder Werte verschaffen, beiden Ländern aber zwecklos Kosten aufbürden, Deutschlands Leistungsfähigkeit bis zur Vernichtung herabsetzen und Europa in eine immer ernstere Wirtschaftskatastrophe hineinziehen.

*

Der französischen Katastrophenpolitik wird in dieser Kundgebung klar und eindeutig die deutsche Politik des Verständigungs- und Wiederaufbauwillens gegenübergestellt. Alle jene Kräfte, die in diesen Tagen äußerster Gefährdung nicht nur der deutschen, sondern der europäischen Wirtschaft an der Rettung des Kontinents und seiner Wirtschaft arbeiten wollen, wissen jetzt, daß die deutsche Regierung jeden Tag bereit ist, mit festumrissenen Vorschlägen, mit bestimmten Anerbietungen zur Lösung der Reparationsfrage, zur Befreiung der Welt von dem immer unerträglicher werdenden Druck des Reparationskonfliktes beizutragen. Aber über Recht kann nicht diskutiert werden, so lange täglich bestehendes Recht gebrochen wird, und es ist unmöglich, den Wiederaufbau vorzubereiten, wenn brutale Gewalt sich anschickt, seine Grundlagen zu zerstören. Die Kräfte, die Europa retten wollen und die des guten Willens und der Opfer Deutschlands gewiß sein können, werden also zunächst versuchen müssen, den Amoklauf des französischen Militarismus zu hemmen. Dr. E. St.

Tuzar in Prag.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* Prag, 23. Januar.

Der tschechoslowakische Gesandte in Berlin Tuzar ist gestern in Prag angekommen. Sein Besuch hat, wie das sozialdemokratische „Prawo Lidu" meldet, diesmal außerordentliche Bedeutung, da die Frage des tschechoslowakischen Verhältnisses zwischen Deutschland einer- und Frankreichs andererseits infolge der letzten Ereignisse an Aktualität gewinnt.

Regierung und Gewerkschaften einig.

Entschlossene Fortsetzung der Abwehr.

Das Wolffsche Telegraphenbüro teilt mit: Am 23. Januar, nachmittags, fand in der Reichskanzlei unter Vorsitz des Reichskanzlers eine Besprechung mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften statt, die bis in die späten Abendstunden dauerte. Vertreten waren: Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring, der Allgemeine Freie Angestelltenbund. Die Organisationen hatten Abgesandte aus dem Ruhrgebiet zugezogen. An der Besprechung nahmen weiter der Reichswirtschaftsminister, der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und der Reichsschatzminister teil. Der erkrankte Reichsarbeitsminister war durch den Staatssekretär und durch Beamte seines Ministeriums vertreten.

In eingehender Erörterung wurde die gesamte, durch die rechtswidrige Gewaltaktion Frankreichs und Belgiens hervorgerufene Lage durchgesprochen und dabei volle Einigkeit über die zu ergreifenden Maßnahmen festgestellt. Seitens der Gewerkschaften wurden noch Anregungen gegeben, die von den zuständigen Ressorts verfolgt werden. Die einmütige Auffassung der Teilnehmer an der Besprechung ging dahin, daß in der erfolgreich begonnenen Abwehr des Recht und Frieden drechenden, mit militärischer Gewalt unternommenen Einbruchs mit allen zweckdienlichen Mitteln fortgefahren werden muß.

Alle gewerkschaftlichen Organisationen haben für die nächsten Tage ihre Vertreter im Ruhrrevier nach Berlin berufen, um zunächst innerhalb der einzelnen Verbände zu den schwebenden Fragen Stellung zu nehmen. Sodann soll in einer gemeinsamen Zusammenkunft über weitere Schritte beraten werden, die durch die Haltung der französischen Behörden notwendig werden.

Der Verkehr zwischen den lokalen Arbeiterorganisationen im Ruhrrevier und den Spitzenorganisationen in Berlin wird neuerdings durch Kuriere vermittelt, da die Franzosen den brieflichen und telephonischen Nachrichten- und Meinungsaustausch zu stören versuchen.

Protest gegen das Kriegsgericht.

Freilassung aller Verhafteten verlangt.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen:

„Die französischen Befehlshaber im Ruhrgebiet haben die verhafteten Personen, die in meinem gestrigen Protest genannt sind, zum Teil nach Mainz gebracht, um sie dort vor ein französisches Militärgericht zu stellen. Die Einleitung eines Verfahrens vor den französischen Militärgerichten würde jeder Rechtsgrundlage entbehren und in keiner Weise geeignet sein, der Verhaftung den Charakter der Rechtswidrigkeit und Willkür zu nehmen. Die Deutsche Regierung stellt deshalb die Forderung, daß ein solches Verfahren nicht stattfindet, daß die Verhafteten vielmehr sofort in Freiheit gesetzt werden.

Im Ruhrgebiet sind übrigens inzwischen noch weitere Beamte verhaftet worden. Es handelt sich um den Oberpostdirektor Jünger, den Telegraphendirektor Zehme, den Präsidenten der Eisenbahndirektion Jahn und den Oberbaurat Pusch, sämtlich in Essen. Die Verhaftungen sind erfolgt, weil die Beamten sich der von den französischen Befehlshabern an sie gestellten Zumutung widersetzt haben, einen vom Reichsverkehrsminister erteilten Befehl zu widerrufen. Die Deutsche Regierung erhebt auch gegen diesen Gewaltakt Protest, sie verlangt sofortige Freilassung der Verhafteten, sofern sie nicht inzwischen bereits erfolgt sein sollte, und behält sich vor, volle Genugtuung zu fordern."

Die Uebergriffe der Rheinland-Kommission.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

J. E. Düsseldorf, 23. Januar.

Nach Erkundigungen an zuständiger Stelle kann gesagt werden, daß die neuen Ordonnanzen der Rheinlandkommission, durch die der deutsche Verwaltungsapparat in den Dienst der rechtswidrigen Gewaltmaßnahmen Frankreichs und Belgiens gestellt werden soll, im Rheinland auf denselben einmütigen Protest stoßen werden wie die ungeselichen Anordnungen der Okkupationsarmee im Ruhrgebiet. Den hiesigen Behörden ist heute von der Rheinlandkommission die Mitteilung zugegangen, daß diejenigen Beamten, die den Ordonnanzen 132, 133 und 134 (es handelt sich um die Erhebung der Kohlensteuer und der Zölle sowie die Erfassung der Domänen- und Walderträge zugunsten Frankreichs und Belgiens) nicht gehorchen, „sofort mit disziplinarischen und gerichtlichen Maßnahmen verfolgt werden sollen".

Auch diese Mitteilung, gegen die sofort unter Hinweis auf die Rechtswidrigkeit der Anordnung Protest erhoben wurde, wird die Beamten des Reiches, des Staates und der Gemeinden nicht veranlassen, den Befehlen der deutschen Regierung zuwiderzuhandeln. Die Finanzämter, die Zollämter und die Gemeindebehörden lehnen nicht nur die Steuererhebung für die fremden Machthaber ab, sondern auch die Beschaffung der Unterlagen für die Erfassung des Holzbestandes des Staates und der Gemeinden. Wenn, entgegen dem Willen der deutschen Regierung, die Konfiskationsmaßnahmen durchgeführt werden sollen, muß Frankreich den gesamten Apparat dazu selbst schaffen. Die Kosten werden die Erträge unter allen Umständen um ein Vielfaches übertreffen. Selbstverständlich werden sich auch die Steuerpflichtigen nicht sehr beeilen, ihre Schuld an Stellen zu entrichten, wo sie den Zugriffen Unberechtigter ausgesetzt wären.

Die Eingriffe in den Reichsbankbetrieb, die an so vielen Stellen erfolgten, dienten offenbar in erster Linie dem Versuch, irgendwie die Unterlagen für die Erhebung der erwähnten Abgaben herbeizuschaffen. Jedoch ist die Reichsbank überhaupt nicht in der Lage, das gewünschte Material zu liefern. Die Militärs haben offenbar blindlings zugefaßt, ohne eine rechte Vorstellung von den Funktionen der Reichsbank zu haben. So hatten sie tatsächlich keine Ahnung, daß die Lohnzahlungen unmöglich werden, wenn die Funktion des zentralen Bankinstituts unterbunden wird!

Die Besatzungsbehörden zeigten sich sehr empfindlich, wenn die Besetzung der Reichsbankfiliale als „Beschlagnahme" bezeichnet wurde. Es handele sich, so wurde erklärt, nur um eine „Sperrung", und dem Regierungspräsidenten Dr. Grühner wurde es untersagt, auch nur in seinen Berichten an die Berliner Regierung von einer Beschlagnahme zu sprechen. Diese Empfindlichkeit scheint aber nicht begründet zu sein. Mag bei dem Vorfall vom Freitag, wo französische Soldaten hier einen Mann, der von der Deutschen Bank 150 Millionen Mark Lohngelder abholte, mit vorgehaltenem Revolver „eroberten" und erst nach mehreren Stunden freigaben, ein Fehlgriff vorliegen, so zeigen doch die Nachrichten aus Aachen, daß ernsthaft versucht wird, das Privateigentum für die Zwecke der Okkupation zu erfassen.

In Aachen erschien nämlich am Sonnabend bei der dortigen Filiale der Deutschen Bank ein belgischer Oberst, begleitet von Gendarmen, der die Auszahlung von 2,8 Mill. Mark forderte. Als diese Zahlung abgelehnt wurde, legte er einen Requisitionsschein vor, der von dem beim Bezirksdelegierten der Rheinlandkommission unterzeichnet war. Darin wurde die Auszahlung der Summe auf Grund angeblicher Vorschrift der Rheinlandkommission, und zwar für die Zwecke der belgischen Okkupationsarmee, angeordnet. Die Weigerung der Direktion wurde mit der Androhung von Gewaltmaßnahmen beantwortet. Der Oberst erklärte noch, er habe den Auftrag, 10 Millionen zu beschaffen, und da er von der Reichsbank nur 6,2 Millionen habe erhalten können, so müsse er die 3,8 Millionen, die ihm noch fehlen, anderwärts beschaffen.

Am Montag früh erschienen abermals Vertreter der belgischen Besatzungsarmee und verlangten von der Filiale des Schaaffhausenschen Bankvereins 5 Millionen. Von dieser Bank wurde die Bezahlung abgelehnt. Darauf wurde der Direktor für verhaftet erklärt. Man bemerkte, das Telephon sei besetzt, und er brauche sich nicht erst „zu bemühen", sich über die Zwangsmaßnahme zu beschweren. Die belgischen Gendarmen zählten dann 5 Millionen im Kassenraum ab und zeigten abermals einen Requisitionsschein vor. Der Oberst, der diese Truppe befehligt hatte, äußerte dabei vernehmlich: „Quel sale métier!" Heute morgen haben zum Protest alle Aachener Banken geschlossen. Der Schaaffhausensche Bankverein motivierte diese Maßnahme durch einen Anschlag, der besag-